



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE  
DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 2900 OLDENBURG  
POSTFACH 943 . TEL.: 54064 . MITARBEITER:  
GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) . WOLFGANG  
HUNNESHAGEN . DIETER KNUTZ . JAN KOCHANOWSKI  
(DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER  
SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE  
UNIVERSITÄT OLDENBURG DEN NAMEN CARL-VON-  
OSSIEZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT)

24.10.

32/74

## Keine integrierte Ausbildung?

Einstimmig hat sich der Senat gegen die Forderung des Kultusministeriums verwahrt, quantitativ und damit auch qualitativ unterschiedliche Studiengänge für die Primar- und Sekundarstufe I einerseits und die Sekundarstufe II andererseits einzuführen. In dieser Aufforderung sieht der Senat "nicht nur ein eklatantes Abrücken von den Grundsätzen der niedersächsischen Bildungspolitik, von denen der Gründungsausschuß der Universität ausgehen mußte, sondern auch einen radikalen Eingriff in die Struktur der geplanten Neuordnung der einphasigen, integrierten Lehrerausbildung."

Das Kultusministerium hat in einem Erlass vom 16.5.1974 die Universitäten Oldenburg und Osnabrück aufgefordert, die Lehramtsstudiengänge im Rahmen des Modellversuchs wie folgt anzulegen: "Für das Lehramt mit dem Schwerpunkt Primarstufe oder Sekundarstufe I einen neunsemestrigen Lehrausbildungsgang für ein Fach und ein Lernbereich der Primarstufe oder für zwei Fächer; für das Lehramt mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe II einen elfsemestrigen Ausbildungsgang für ein erweitertes Fach und ein Fach."

Die Konsequenz:

- In der Regel ist nur der Schwerpunkt Sekundarstufe II als eine Erweiterung des fachlichen Schwerpunktes anzulegen;
- der Praxisanteil in der einphasigen Ausbildung wird für beide Studiengänge auf ein Jahr festgeschrieben;
- es wird eine Entscheidung der Studenten früher für eine Schulstufe gefordert;

- die Studenten erhalten im dritten Studienabschnitt den vorgesehenen Zuschuß besonderer Art gemäß der strikten Trennung der beiden Lehrämter und Besoldungsstufen in unterschiedlicher Höhe.

Ein solches Verlangen des Kultusministeriums macht nach Ansicht des Senats und der gemeinsamen Kommission der Lehrerausbildung (GKL) deutlich, daß die Landesregierung sich den reaktionären und in sich widersprechenden Vorschlägen der sogenannten Zwölferkommission (je 4 Verwaltungsbeamte der Finanz - Innen - und Kultusminister der Länder) anschließt und damit nicht einmal mehr den Grundsatz der sozialdemokratischen Kultusminister vom Oktober 1972 über die Gleichwertigkeit und Stufenbezogenheit der Lehrämter einhalten will.

Weiter heißt es in der Erklärung des Senats: "Daß für eine solche Haltung der Landesregierung nicht unbedingt zwingende haushaltspolitische Notwendigkeiten bestehen, ergibt sich aus der Tatsache, daß das Land Bremen im Juli 1974 eine gleichwertige und gleichlange Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen gesetzlich eingeführt hat. Die Weigerung der Nds. Landesregierung, für die Reform der Lehrerausbildung an den Universitäten Oldenburg und Osnabrück die ihrer langfristigen Bedeutung entsprechenden gesetzlichen Regelungen zu schaffen, stellt schon die Ziele und Entwicklungsmöglichkeiten des Modellversuchs von Beginn an in Frage. Die Universität Oldenburg muß unter diesen Voraussetzungen die Verantwortung für die reformierte Lehrerausbildung ablehnen." <sup>g h</sup>

## Studentenwerk

Am 22. November wird die Mitgliederversammlung des Deutschen Studentenwerkes über einen Aufnahmeantrag des Studentenwerkes Oldenburg befinden. Wie der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes, Bachmann, der sich zu einem Vorstellungsbuch in Oldenburg aufhielt, erklärte, sei mit einer Zustimmung der MV fest zu rechnen.

## HiWi - Stelle

In der Pressestelle ist ab sofort die Stelle einer wiss. Hilfskraft zu besetzen (92 Stunden/Monat). Bewerber sollten über gute Maschinenschreibkenntnisse (möglichst auch Steno) verfügen. Bewerbungen bitte an die Pressestelle (A 107).

## Erneuter PROTEST

### gegen POLIZEI

Wegen eines erneuten Vorfalles mit der Polizei hat der Rektor der Universität, Rainer Krüger, beim Regierungspräsidenten scharf protestiert und eine Untersuchung verlangt.

Grund für das Protestschreiben: Am 10. Oktober hatte ein Polizeibeamter versucht, ohne vorher das Rektorat um Genehmigung zu bitten, Ermittlungen aufzunehmen. Im Immatrikulationsamt forderte er die Angestellten ohne Angabe von Gründen auf, ihm die Adresse einer Studentin herauszugeben. Dabei erklärte er, daß es sich hier lediglich um eine "ganz billige Affäre" handle. Die Angestellten des Immatrikulationsamtes verweigerten ihm trotzdem jede Auskunft.

Krüger wies in diesem Zusammenhang den Regierungspräsidenten daraufhin, daß es sich bei dem neuerlichen Vorfall um einen krassen Verstoß gegen die zwischen der Universität und dem Regierungspräsidenten getroffenen Vereinbarungen handle. Hiernach ist der Polizei lediglich in Ausnahmefällen erlaubt, Universitätsgelände zu betreten.

Krüger wörtlich in seinem Brief: "Ich halte den hier vorliegenden Tatbestand für sehr ungewöhnlich und gravierend, ich bitte deshalb zunächst, daß Sie geeignete Maßnahmen veranlassen, den Sachverhalt innerhalb Ihrer Dienststelle zu untersuchen und erwarten, daß das Vorgehen des Beamten durch Sie auf das schärfste zurückgewiesen wird." Weiter forderte er eine schriftliche Zusicherung, daß nochmals alle Polizeidienststellen darüber informiert werden, daß das Betreten des Universitätsgeländes durch sie lediglich in den besprochenen Ausnahmefällen ohne vorherige Genehmigung des Rektors erlaubt sei! <sup>g h</sup>

## 13.00 Uhr Feierabend

Wegen des Betriebsausfluges werden im Bereich der Universität offiziell Veranstaltungen und Arbeitszeiten am Freitag, den 25.10.74, ab 13.00 Uhr eingestellt.

# Scharfe Kritik an Berufungskommission

In einem offenen Brief an die Berufungskommission "Philosophie" haben die Vorsitzenden der studentischen Fachbereichskonferenzen I und III, Hartwig Jürgens und Herbert Wehe, gefordert, durch die Ansetzung eines öffentlichen Hearing mit den Bewerbern für die H<sub>4</sub>-Stelle "Erkenntnistheorie", Dr. Haug, Dr. Tomberg und Dr. Wolff der Studentenschaft die Möglichkeit zur umfassenden Information zu geben.

Neben der Notwendigkeit, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, wird die Forderung damit begründet, "daß die Arbeit der Kommission - von formalen Fehlern abgesehen - den Möglichkeiten, die wissenschaftliche Qualifikation der Kandidaten festzustellen, nicht gerecht worden ist."

Inzwischen haben die Fachschaften der Fachbereiche I und III zu einem öffentlichen Hearing am 24.10.74 um 14<sup>00</sup> Uhr im Kammermusiksaal eingeladen. Nach den Vorstellungen der Fachschaften sollen folgende Gesichtspunkte im Mittelpunkt der Diskussion stehen: Öffentlichkeit, Reformkonzept, Verfahrensfragen, Wissenschaftlichkeit

## Neuer Vorsitzender

Karl-Heinz Förster ist zum neuen Vorsitzenden des Programmausschusses gewählt worden. Diese Wahl wurde durch den Rücktritt von Kurt Wöbner notwendig.

## Ärger um Studienberatung

Die Fachschaftsvertreterversammlung hat sich in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen "sich häufende Vorfälle" ausgesprochen, "bei denen Gruppen von Studenten (teilweise auch Lehrende) versuchten, während der Orientierungsphase in die Studienberatung der FS einzugreifen". Dies sei in Form von "scheinbar unpolitischen privaten Veranstaltungen" geschehen, die damit gegen die studentischen Interessenvertretungen arbeiteten, indem sie die Studenten in "sektiererischen Zirkeln" versammelten und so organisiertes Handeln gegen die Studienmiserie boykottierten. Solche Wege zu gehen hieße, gegen die erfolgreiche Arbeit der Fachschaften zu arbeiten. jk

## Ausschreibung

Der Senat hat für die Fachbereiche 4 Stellen für wiss. Hilfskräfte bewilligt, die ausschließlich für die Besorgung der Literatur für die Projekte und Lehrveranstaltungen vorgesehen sind. Außerdem wurde eine HiWi-Stelle für den Programmausschuß zur Verfügung gestellt. Interessenten bewerben sich bitte bei den Geschäftsstellen der Fachbereiche, bzw. beim Vorsitzenden des Programmausschusses.

und Erkenntnistheorie. Die Fachschaften stellen in dem Flugblatt weiter fest, daß der offene Brief der Fachbereichskonferenzvorsitzenden in der betroffenen Berufungskommission "Philosophie" "Empörung" ausgelöst hat. Zitiert wird Herr Schick, Hochschullehrer im Fachgebiet Psychologie, "dies sei, 'doch noch nie eine Frage der Öffentlichkeit gewesen."

Daraufhin hat Herr Schick um folgende Richtigstellung gebeten:

"Ich habe im Rahmen weiterer Erörterungen erklärt, daß die Begründung vor der Öffentlichkeit (wie sie im offenen Brief verstanden wird) für die Ablehnung von bzw. Aufnahme der Bewerber in die Berufsliste in der Grundordnung nicht vorgesehen ist."

Der AstA legt Wert auf die Feststellung, daß in dem zitierten offenen Brief gefordert wird, die Frage der Berufung zum Gegenstand einer breiteren Öffentlichkeit zu machen. Die Notwendigkeit eines öffentlichen Hearing ergebe sich gerade auch aus der Ablehnung und Nichtberücksichtigung von Berufslisten der Universität durch den nds. Wissenschaftsminister. dk

## Vorlesungsverzeichnis

Der Senat beschloß am 25.9.74 zur Frage der Kosten des Vorlesungsverzeichnisses, daß der Rektor und der Kanzler prüfen sollen, ob im SS 75 eine kostenlose Abgabe möglich ist und ob zukünftig das Vorlesungsverzeichnis gegen eine geringere Schutzgebühr abgegeben werden kann.

Damit wurde ein Antrag von einigen Studenten ebenso wie in der Einführungsveranstaltung des AstA abgelehnt, wonach der Studienführer "ab sofort kostenlos verteilt und Beträge für bereits gekaufte Exemplare zurückerstattet" werden sollten. jk

## Fächer-„Mischung“

Anfang November werden sich Senat und Programmausschuß noch einmal ausführlich mit der Baukonzeption der Universität beschäftigen. Das beschlossen die beiden Gremien auf einer gemeinsamen Sitzung am vergangenen Dienstag nach mehrstündiger Debatte. Dabei wird es hauptsächlich um die Standorte der neuen Gebäude und die räumliche Verteilung der Fächer gehen. Grundsätzlich sind sich schon jetzt die Gremien darüber einig, daß Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften (sprich Kultur- und Gesellschaftswissenschaften) nicht isoliert in den verschiedenen Gebäudekomplexen untergebracht werden. Vielmehr soll eine "Mischung" erreicht werden, um so

## Personalien

- FRED RITZEL, bisher Lüneburg, ist beauftragt worden, ab 1.11.74 die Stelle eines Wissenschaftlichen Rats und Professors (H3) für "Auditive Kommunikation" zu verwalten.
- OTTO SEEBER ist ab 1.11.74 als Wissenschaftlicher Assistent (Fach: "Analyse des betrieblichen Ausbildungswesens") eingestellt worden.

## Termine

- SOZIALAUSSCHUß, 2. Sitzung, Donnerstag, 31.10.74, 19.00 Uhr, A 307; TOPs u.a.: Sozialräume, Großraumbüro, Kindertagesstätten.
- AUSSCHUß FÜR DIE ZETWA, 8. Sitzung, Mittwoch, 30.10.74, 14.00 Uhr, AVZ 2-164.

## Aufgabenverteilung im Rektorat

Laut Mitteilung des Rektors Nr. 12 hat sich das Rektorat zu einer teilweisen Aufgabenverteilung zwischen Rektor und Rektor-Stellvertreter entschlossen. Im folgenden werden die Aufgabebereiche aufgeführt, die schwerpunktmäßig vom Rektor oder vom Rektor-Stellvertreter bearbeitet werden:

Rektor Krüger:

- Verwaltungsausschuß
- Hochschul-Entwicklungsplanung/Bauplanung
- WRK, LRK
- Ministerium für Wiss. und Kunst
- Universitätsgesellschaft
- EDV-Ausschuß
- BIS-Ausschuß
- Ausschuß ZETWA

Rektor-Stellvertreter Promies:

- Programm-Ausschuß/Diplom-Studium
- GKL
- Studien- und Prüfungsfragen/Graduiertenförderung
- Kommission Wiss. Weiterbildung
- Sozialausschuß
- Promotionsordnungsausschuß
- NAK-Ausschuß
- Zentrale Graduiertenförderungskommission
- Ausschuß für eine Ordnung zur Überleitung der Akadem. Räte und Studienleiter

bessere Bedingungen für interdisziplinäre Forschungsprojekte und Lehrveranstaltungen zu schaffen. Darüber, wie dieses "Mischungsverhältnis" aussehen soll, besteht allerdings noch kein Konsens. Eine entsprechende Vorlage von Bauplanern, die verschiedene Möglichkeiten für die Zusammensetzung von Fächern angibt, wurde nicht abschließend behandelt, ebenso wenig die Standortfrage des zweiten großen Gebäudekomplexes. Beide Fragen sollen Anfang November entschieden werden. Vorher wollen sich Senat und Programmausschuß gemeinsam mit den Stadtplanern beraten und die möglichen Neubaugelände besichtigen. gh